

Europa und die Frage der Identität – Plädoyer für einen anderen Staatsbegriff

Jonas Marx

Ich glaube, wir haben keine Krise Europas. Ich glaube, wir haben eine Krise des Nationalstaates. Eine europäische Krise ist dies nur dann, wenn man sich ein vereinigtes Europa nicht anders vorstellen kann als im Konzepte des Nationalstaats. Wenn es aber gelingt, diese Fixierung zu überwinden, dann kann Europa sogar die Lösung der Krise sein.

Ich möchte dies im Folgenden ausführen indem ich einen Begriff umkreise, der mir in diesem Zusammenhang zentral erscheint: der Begriff der Identität. Ich glaube, mit diesem Begriff und einem Verständnis von der Art und Weise, wie er missverständlich gebraucht wird, lassen sich sowohl ein Licht auf die Dysfunktionalität des Nationalstaates werfen, als auch Impulse in die Debatte geben, welche Gestalt ein politisch vereintes Europa haben kann und sollte.

Ontologische und Politische Identität

Identität ist dann gegeben, wenn eine Gruppe von Menschen bei sich in einer spezifischen Hinsicht mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede ausmacht, kurz: Identität entsteht dann, wenn man sich mit Anderen identifiziert, wenn man in einer Gruppe sinnvoll »wir« sagt. Ich glaube aber, dass diese Identifikation in zwei grundlegend unterschiedenen Formen geschieht und ich glaube, sich dieser Differenzierung klar zu werden, ist dringend geboten. Ich möchte deshalb zwei Begriffe dafür vorschlagen: ontologische und politische Identität.

Eine ontologische Identität bildet sich in Gruppen, in denen persönlicher Kontakt möglich ist, in denen von anderen tatsächlich personale Eigenschaften identifiziert werden und angenommen oder abgegrenzt werden können. Ontologische Identität ist also im Maßstab begrenzt, sie ist nur in Gruppen bis zu einer bestimmten Größe möglich, die eben dadurch bestimmt sind, dass alle Beteiligten sich als konkrete Personen kennen. Der Prototyp solch einer Gruppe ist die Familie. Man kann aber auch Freundeskreise nehmen, kleine bis mittelgroße Institutionen wie eine

Universitätsfakultät oder mittelständische Betriebe und Büros usw.

Demgegenüber ist eine politische Identität grundsätzlich in Gruppen jedweder Größe möglich. Denn bei dieser Form der Identität liegen die Gemeinsamkeiten nicht im personalen Bereich, sondern im politischen. Nicht was und wie alle Beteiligten sind ist entscheidend, sondern welche Interessen sie teilen und nach welchen allgemeinen Prinzipien sie sich als politische Gruppe formieren möchten. Interesse ist hierbei ganz im ursprünglichen lateinischen Sinne gemeint als das »Zwischen-Seiende«, als das, was über den Einzelnen hinausgeht.

Interesse ist hier gerade nicht wie im modernen Partikularismus als Privatinteresse verstanden (was im ursprünglichen Wortsinne ein Widerspruch in sich ist). Ich halte aber das Wort Interesse dort für falsch verwendet, denn gemeint scheint viel eher etwas anderes: Bedürfnis. Bedürfnisse sind aber noch keine Interessen, sie sind erst einmal nichts weiter als die blanken Lebensnotwendigkeiten, zu deren Befriedigung der Wohlstand dient. Bedürfnisse werden erst dann zu Interessen, wenn die Befriedigung der Bedürfnisse strukturell gefährdet ist, der Wohlstand also in existenziellem Maße schwindet. Ich glaube aber, dass bei dem Übermaß an Wohlstand, das in Europa in den letzten 200 Jahren angehäuft wurde, davon auf längere Sicht keine Rede sein kann (mit Ausnahme dessen, dass wir durchaus eine gewisse Verteilungsproblematik des Wohlstandes haben). Ein richtiges Interesse hingegen könnte z. B. in der Frage liegen, was wir eigentlich mit dem erreichten Wohlstand anfangen wollen.

Wenn also politische Identität durch Interesse entsteht, dann entsteht ontologische Identität durch Sympathie. Und so wie Sympathie sich aus konkreten Eigenschaften der anderen Person speist, so entsteht gemeinsames Interesse gerade aus den Handlungen, zu denen jeder Einzelne sich frei entschließt und die nicht durch seine personalen Eigenschaften (Herkunft, Geschlecht, Intelligenz, Geschmack etc.) determiniert sind. Man könnte sagen, das eine zielt so sehr auf die Person, wie das andere von ihr weg zielt. Bei dem einen geht es darum, wie und was Menschen sind, beim anderen darum, zu welchen Handlungen sie sich frei entschließen.

Ontologische Identität lässt sich tiefgehend ergründen, analysieren, historisch auffächern etc., während politische Identität eigentlich nur eine Nebensache des politischen Handelns ist. In ihr gibt es nichts zu ergründen, denn in ihr gibt es nichts Inneres, Intimes, aus dessen mannigfaltiger Schichtung sich immer neue Aspekte herauschälen lassen könnten. Politische Identität existiert ganz und gar an der Oberfläche, sie ist so prägnant und eindeutig, wie es die politischen Ziele sind, die eine Gruppe definiert.

Wichtig bei all dem ist: Beide Formen der Identität sind wichtig, sie stehen nicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander und negieren sich nicht. Beide haben prinzipiell ihren festen Ort in der Gesellschaft und im Leben jedes Einzelnen. Der Schlamassel entsteht dann, wenn die festen Zugehörigkeiten verloren gehen, wenn plötzlich in einem Bereich, in dem es eigentlich um politische Identität geht, mit einem Identitätsbegriff nach ontologischem Muster operiert wird. Und hier kommt das Thema Nationalstaat ins Spiel.

Skalierung

Ontologische Identität ist nicht nur nicht skalierbar, ihr ist auch immer die Differenz zwischen verschiedenen Gruppen eigen. Denn als Personen sind Menschen so vielfältig verschieden, dass die allermeisten Menschen immer Andere bleiben werden. Politische Identität ist dagegen beliebig skalierbar, prinzipiell bis ins Universelle. Eine politische Gruppe braucht nicht dringend ein differentes Gegenüber, ganz im Gegenteil, es ist gut möglich, dass eine politische Gruppe sich gerade auf allgemeine Interessen begründet, die prinzipiell für alle Menschen gelten können.

Ich glaube aber, dass sich im 19. Jahrhundert, als in Europa die Staatsgebilde immer größer und zu Nationalstaaten wurden, tatsächlich das Konzept durchgesetzt hat, diese unüberschaubar große Gruppe nicht auf Grundlage einer politischen Identität einen zu wollen, sondern mit einer ontologischen. Die Gründe dafür kann ich an dieser Stelle nicht analysieren, der Fakt scheint mir aber unabweisbar: Im Begriff des Nationalen selbst ist angelegt, dass der Staat sich als Einheit gleicher Personen definieren solle. Dass die Menschen eines Staates sich in ihren personalen Eigenschaften gleichen sollen – gleich sprechen, gleich aussehen, gleich denken und empfinden. Dies aber ist ein Ding kategorischer Unmöglichkeit, dessen Resultate gewaltsame Gleichmachung und das Verkommen der politischen Debatte zu ideologischer, sinnentleerer Rede sind.

Für beides bietet die jüngere Geschichte viele Beispiele und auch aktuell können wir Phänomene wie etwa die inhaltsfreie Verschlagwortung der Geschichte (»christlich-jüdische Kultur« etc.) oder pseudowissenschaftliche Konstrukte wie in den sozial-evolutionären

Auslassungen von Thilo Sarrazin beobachten. Während der Versuch, Identität durch Biologie zu ontologisieren, kategorial scheitert, ist es bei der Geschichte nicht ganz so einfach. Denn ontologische Identität hat durchaus etwas mit Geschichte zu tun, aber eben nur in dem Maße, in dem eine einzelne Person eine reale Verbindung zu der Geschichte oder zu der Art und Weise der Erzählung der Geschichte haben kann. Sobald Gruppen aber größer sind, sobald es nicht mehr um Familien oder Freundeskreise geht, wo man zu den Bildern im Familienalbum von den eigenen Eltern Geschichten erzählt bekommt oder wo Freunde selbst erlebte Ereignisse, auf denen die Freundschaft gründet, immer wieder erzählen, um die gemeinsame Bindung zu bestätigen und zu erneuern, sobald es also um Gruppen geht wie einen Nationalstaat, dann gibt es de facto keine gemeinsame Geschichte mehr, zu der es sowohl einen realen Bezug gibt und aus der zugleich etwas identitätsstiftendes entstehen kann. Identität unter vielen Menschen, die versucht, nach ontologischem Muster zu funktionieren, bleibt so immer dysfunktional, denn sie entsteht um den Preis der Lüge.

Und dass der Nationalstaat auf einem dysfunktionalen Identitätskonstrukt aufbaut, dies scheint mir der Punkt, der in der aktuellen Krisenwahrnehmung immer offensichtlicher wird. Und das erst recht, wenn es darum geht, der gegenwärtigen Finanzmarktkrise und ihren Auswirkungen auf die Staatshaushalte, auf europäischer Ebene mit einer noch weiteren Skalierung dieses Konstruktes begegnen zu wollen.

Republik Europa

Was könnte das für die weitere Debatte heißen? Ich habe das Gefühl, dass die Debatte sich aktuell zu viel damit beschäftigt, was Europa zu Europa macht und wie das »Wesen Europas« aussieht, auf dem wir eine gesamt-europäische Identität gründen könnten. Ich glaube, das führt zu nichts. Fragen wir lieber danach, was die gemeinsamen Interessen aller Europäer sind, um danach zu handeln. Gemeinsame Identität ist dann nicht unser Ziel, sondern der selbstverständliche Grund, auf dem wir uns dabei bewegen. Das Staatsgebilde, das dabei vorstellbar werden würde, wäre eben ein Europa der gemeinsamen Interessen, oder anders formuliert: ein Europa als »öffentliche Sache«. Und so hieße dieses Gebilde dann auch nicht »Europäischer Bund«, »Vereinigte Staaten von Europa«, oder was sonst noch in der Debatte ist – es könnte dies die »Republik Europa« sein.

Jonas Marx, geb. 1980 in Frankfurt am Main, studierte Architektur und Philosophie. Im Jahrgang 2007/08 untersuchte er im Studienkolleg zu Berlin die Frage nach den Formen öffentlicher Räume am Beispiel von Berlin und Nowa Huta/Polen. Heute ist Jonas Marx tätig als freier Künstler und interessiert sich für die Verbindung zwischen Kunst, Architektur und Politik.

Dieser Text wurde veröffentlicht im Rahmen des zehnjährigen Jubiläums des Studienkollegs zu Berlin am 17. Oktober 2012, Berlin. www.studienkolleg-zu-berlin.de.